

Sie besagt, dass die »repräsentative Demokratie« durch den globalen Neoliberalismus de facto unterminiert wird. Und in Manins Theorie der *Publikumsdemokratie* wird das Volk zum passiven Zuschauer politischer Medienspektakel. Es gibt weitere Ansätze, die Aspekte kritisieren, wie eine inadäquate Repräsentation in Zeiten der Globalisierung, steigende soziale Ungleichheiten und informelle Exklusion verschiedenster Bevölkerungsgruppen durch nicht ausreichende Repräsentation.²⁴ Kaum eine dieser Krisendiagnosen geht jedoch so weit, die Repräsentation per se zu hinterfragen. Die vorliegende Studie unterscheidet sich davon, indem sie tiefer in ihrer Kritik ansetzt und sich von Jean-Jacques Rousseaus These leiten lässt, dass die Repräsentation die Abgabe von politischer Freiheit bedeute. Das macht es nötig, die Transformation des Demokratiekonzepts im späten 18. Jahrhundert zu untersuchen und einen Bedeutungsgehalt der Demokratie sowie Techniken zu ihrer Realisierung während politischer Transformationsprozesse auszuloten. Das ist auch relevant, weil es zeigt, dass der Mangel an Partizipation und politischer Gleichheit ein Grundproblem der modernen Repräsentation ist. Nicht nur die als demokratisch geltende Repräsentation wird durch die dritte Transformation teils unterminiert, sondern die Repräsentation selbst unterminiert einen anspruchsvollen demokratischen Charakter.

Es stellt sich daher für die vorliegende Arbeit die Frage, wie der doppelte Wandel des Begriffs *Demokratie* begriffs- und ideengeschichtlich in den politischen Debatten zustande kam und seine Transformation schließlich als legitim betrachtet wurde. Der doppelte Wandel während der Revolutionen im späten 18. Jahrhundert soll herausgearbeitet werden, um diese Forschungsfragen zu beantworten. Dazu sollen die Diskurse zur Demokratie in Frankreich, Amerika und dem Deutschen Reich bezüglich der Semantik, der Normativität und der Institutionalisierung der *Demokratie* oder demokratischen Republik analysiert werden. Dieser Analyse liegt ein starker antiker Demokratiebegriff als systematischer Maßstab zugrunde, der aus der klassischen Demokratie erarbeitet und als Gegenentwurf zur repräsentativen Demokratie verstanden wird.

1.2 Methodik

Die vorliegende Arbeit ist zweigeteilt: Sie besteht aus einem kleineren Part zum ursprünglichen Demokratiebegriff und der davon abstrahierten Demokratietheorie; zum anderen umfasst sie einen wesentlich größeren ideengeschichtlichen Teil zum doppelten Wandel des Demokratiebegriffs.

Der hinleitende Part wird die These der essenziellen Umstrittenheit politischer Konzepte wie der Demokratie kritisieren. Für Walter B. Gallie ist die Demokratie ein *essentially contested concept*, da der Terminus offen ist, diverse Bedeutungen hat, eine interne

24 Vgl. Crouch, Colin: Postdemokratie, übersetzt von Gramm, Nicolaus, Frankfurt a.M. 2008; Manin: Kritik der repräsentativen Demokratie, S. 297-349; Diehl, Paula: Demokratische Repräsentation in der Krise, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 40-42(2016), S. 12-17; Young, Iris M.: Deferring Group Representation, in: *Nomos*, (39/1997), S. 349-376; vgl. auch Borchert, Jens: Das demokratische Versprechen, der demokratische Zweifel und die drei Dimensionen politischer Gleichheit, in: Buchstein, Hubertus (Hg.): *Das Versprechen der Demokratie*, Baden-Baden 2013, S. 229-248, hier: S. 229-235.

Komplexität und Ambiguität beinhaltet und unterschiedliche historische Referenzen und Interpretationen des Konzepts existierten. Es lässt sich historisch-empirisch nicht bestreiten, dass unter »Demokratie« – je nach Kontext – unterschiedliche Konzepte verstanden wurden und werden oder die Demokratie zumindest politisch umstritten ist.²⁵ Sieht man die Demokratie als *essentially contested concept*, besteht aber die Gefahr, dass der Demokratiebegriff beliebig wird. Inwiefern dies der Fall ist und warum dies aus der Perspektive der Demokratietheorie problematisch ist, ist zu prüfen, indem ich demgegenüber einen am Ursprung der Demokratiegeschichte orientierten Demokratiebegriff begründen werde, der in der umfangreichen und egalitären Partizipation der Bürgerschaft einen zentralen Wert sieht. Aus der historischen Erstsetzung des griechischen Begriffs und dem Kontext der athenischen Demokratie werde ich einen konzeptuellen, vom Kontext gelösten Kern des Demokratiebegriffs herausarbeiten, um einen systematischen Zugang zu erhalten. Dies dient dazu, im ideengeschichtlichen Wandel der Demokratie das klassische mit dem repräsentativen Demokratieverständnis zu kontrastieren und nur der klassischen Form den Status der *Demokratie* zuschreiben zu können. Als methodische Grundlage des Vergleichs von klassischer Demokratie und moderner Repräsentation dient besonders Moses I. Finleys klare Gegenüberstellung und Unterscheidung von antiker und »moderner Demokratie«. Wichtig ist Finleys Ansatz, da sein Vergleich systematische (und sogar normative) Elemente für die antike Demokratie in Abgrenzung zur modernen Variante liefert.²⁶

Die beiden historischen Hypothesen, untersucht auf Basis einer *Demokratie klassischen Antlitzes*, eröffnen die Notwendigkeit einer Analyse der Semantik und der Normativität. Denn wenn sich Ausdrücke wie *Demokratie*, *Republik* oder *Tugend* im 18. Jahrhundert ändern, dann ist der Bedeutungsunterschied nicht nur rhetorisch, sondern demonstriert eine neue, sich wandelnde Denkweise. So muss die diskursive Beziehungsgeschichte zwischen *Republikanismus*, *Repräsentation* und *Demokratie* situativ und theoriehistorisch rekonstruiert und untersucht werden – bezüglich des weltkonstituierenden Diskurses und der ideologischen Elemente. Gleichwohl agieren politische Sprachen in Paradigmen, die eine intellektuelle oder linguistische Funktion haben, wodurch politische Sprechakte eine semantisch komplexe Geschichte und politische Effekte entfalten, die es theoretisch und historisch zu prüfen gilt, um die Diskursmodi zu verstehen. Innerhalb der politiktheoretischen Sprache weisen Positionen, die Begriffe neufassen, eine Ambiguität auf: in multiplen Bedeutungsebenen der neu gedeuteten Termini mit ihrer paradigmatischen Funktion einer affirmativen oder kritischen Konstruktion/Reflexion der sozialen Realität. Solche Ambiguitäten ergeben sich aus der Schwelle, mit der die Spätaufklärung durch die Revolutionen getreten ist.²⁷ Die Ambiguitäten

25 Vgl. Gallie: *Essentially Contested Concepts*, S. 167–198. Erstaunlich ist bei der (ob diskursiven oder essenziellen) Umstrittenheit des Demokratiebegriffs dessen Überlebensfähigkeit, denn dies ist ein Terminus, der der Musealisierung widersteht und – trotz seiner zweieinhalbtausendjährigen Geschichte – dauernd futurisiert und komplettiert wird. (Vgl. Buchstein, Hubertus/Jörke, Dirk: Das Unbehagen an der Demokratietheorie, in: Buchstein, Hubertus: *Demokratietheorie in der Kontroverse*, Baden-Baden 2009, S. 107–132, hier: S. 107–110.)

26 Vgl. Finley, Moses I.: *Antike und moderne Demokratie*, übersetzt von Pack, Edgar, Stuttgart 1987.

27 Vgl. Pocock, John G. A.: *Politics, Language, and Time. Essays on Political Thought and History*, Chicago/London 1989, 16–39; Farr, James: *Conceptual Change and Constitutional Innovation*, in:

und Widersprüche können sowohl innerhalb einer Theorie als auch zwischen den um die Hegemonie konkurrierenden Ansätzen liegen. Die vorliegende Studie soll solche Widersprüche sich ändernder politischer Konzepte – wie das Oxymoron der »repräsentativen Demokratie« – zum Vorschein bringen und per Durchgang durch das ideengeschichtliche Material die beiden Hauptthesen untersuchen und plausibilisieren.

Die anzuwendende Methodik ist zweigeteilt. Zunächst müssen aus der klassischen Demokratie ihre Kernelemente herausgearbeitet werden. Diese müssen auf einer systematischen Ebene begründet werden, um diese Demokratieform im Folgenden gegenüber repräsentativen Formen abzugrenzen und begrifflich zu verteidigen. Es geht dabei weniger darum, die Werte der klassischen Demokratie selbst gegenüber Repräsentativregierung als bevorzugenswert zu begründen, sondern inwiefern der Begriff *Demokratie* wörtlich verstanden und seine Werte zum klassischen Konzept passt, aber nicht zum modernen.

Die Herausbildung der »repräsentativen Demokratie« aus Elitetheorien wird im historischen Hauptteil der Studie belegt. Dafür eignet sich eine Textexegese, die sich dem sich wandelnden Bedeutungsgehalt von *Demokratie* und *Republik* widmet. Damit hat die vorliegende Arbeit eine sprachanalytische Ebene, welche untersucht, wie das Wort *Demokratie* gebraucht wurde, insbesondere inwieweit der Demokratiebegriff semantische Felder mit Begriffen wie *Republik*, *Repräsentation* und *Volkssouveränität* bildet oder davon getrennt wird. Auf sprachanalytischer Ebene soll gezeigt werden, wie sich die Konnotation und Bewertung der Termini ändert und der Demokratiebegriff sukzessive den Republikbegriff ergänzt, ablöst oder als sein Synonym verwendet wird, wie die *Demokratie* – im Zuge eines revolutionären Freiheits- und Gleichheitspathos – mit einer positiven Wertung versehen wird. Innerhalb der Methodik der politischen Ideengeschichte ist diese Vorgehensweise eine Mischung aus dem begriffsgeschichtlichen Ansatz im Sinne Reinhart Kosellecks und der Untersuchung der semantischen Transformation sowie des kontextuellen Ansatzes der Cambridge School bezüglich der Wirkabsichten und der vergleichenden Analyse der Diskursteilnehmer.²⁸ Zum Durchbruch des Demokratiebegriffs durch seinen sprachlichen Wandel sind die begriffsgeschichtlichen Analysen von Koselleck maßgebend relevant. Er klassifiziert die Phase um 1800 als *Sattelzeit*, da hier traditionelle Konzepte der Staatslehre durch politische Umbrüche eine Wandlung erfahren und dynamisiert werden, wobei er den Wandel des Demokratiebegriffs vor allem an Immanuel Kant festmacht. Diesem begriffsgeschichtlichen Ansatz zufolge hätte Ende des 18. Jahrhunderts der Demokratiebegriff den Bereich der Gelehrtensprache verlassen und sei vor allem in Deutschland breiter rezipiert worden – in der politischen Theorie, in Pamphleten und in Wörterbüchern.²⁹ Kombinieren lässt sich dies mit Vertretern der Cambridge School, etwa mit Terence Balls Rekonstruktion politisch-semantischer Transformationen des republikanischen und demokratischen

Ball, Terence/Pocock, John G. A. (Hg.): *Conceptual Change and the Constitution*, Lawrence 1988, S. 13–34, hier: S. 24–28.

28 Vgl. Palonen, Kari: *Die Entzauberung der Begriffe. Das Umschreiben der politischen Begriffe bei Quentin Skinner und Reinhart Koselleck*, Münster 2004.

29 Vgl. Koselleck, Reinhart: *Einleitung*, in: Ders./Brunner, Otto/Conze, Werner (Hg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. XIII–XXVII, hier: S. XV; Koselleck et al.: *Demokratie*, S. 848–850.

Diskurses, aber auch John Dunns demokratiehistorischer Darstellung, die vor allem auf die multiplen Bedeutungsgehalte der Demokratie eingeht und dabei zwischen der Norm und der Regierungsform differenziert.³⁰ So legen solche begriffsgeschichtlichen Analysen nahe, dass politische Begriffe entweder distinktiv genutzt werden – negativ, indem man politische Gegner mit negativen Termini belegt, um sich von ihnen abzugrenzen und diese zu deklassieren oder, was stärker ist, eine positive Distinktion, indem ein Akteur einen politischen Begriff für sich beansprucht, um die eigenen Ideen zu legitimieren – oder, hat sich ein solcher Begriff als positive Norm durchgesetzt, in Form eines Kampfes um die monopolistische Deutungshoheit (etwa, um sich selbst als wahrer Demokrat und andere als falsche Demokraten zu klassifizieren).³¹ Der Anspruch der vorliegenden Arbeit ist nicht, einen Kampf um die monopolistische Deutungshoheit der Demokratie im 18. Jahrhundert nachzuweisen, da nicht behauptet wird, dass der Demokratiebegriff in dieser Zeit schon eine hegemoniale Norm gewesen sei, aber dass der Terminus nicht nur zur negativen, sondern auch vielseitig zur positiven Distinktion verwendet wurde. Das Konzept der *Sattelzeit* gibt den Anstoß dazu, dass Konzepte wie Demokratie bereits vor Mitte des 19. Jahrhunderts umgedeutet und umgewertet wurden, was elementar ist für beide Hypothesen. Dabei gelten die *Sattelzeit* und die Begriffsgeschichte als methodische Grundlage. Um den doppelten Wandel erfassen zu können, ist die Kombination mit der Cambridge-School zudem sinnvoll, da hier begrifflich und institutionell der Wandel rekonstruiert und analysiert wird, primär bisher zum Republikbegriff, aber dies ist methodisch anschlussfähig für den Demokratiebegriff. Inzwischen ist diese Form der Analyse eine orthodoxe Methode der Ideengeschichte, die, wenn es um die Analyse von Diskursen und den konzeptuellen Wandel geht, kaum einer Begründung bedarf.³² Bezüglich der Betrachtung der Diskurse als synchrone Vorgänge konzeptueller Wandlungen, wie es die Cambridge-School häufig tut, unterscheidet sich aber die vorliegende Arbeit von der Methode der Cambridge-School: Denn es geht nicht um die Synchronität, sondern um die Analyse diachroner Kontinuitäten der theoretischen Verarbeitung. Es geht um die bewusste Gegenüberstellung demokratiefreundlicher und demokratiekritischer Theoretiker in der Phase der bürgerlichen Revolutionen.³³ Damit sind ein übergreifender intellektueller und zeitgeschichtlicher Kontext der Theoriedebatten und wie die Akteure sich in diesem zeitlichen und räumlichen Kontext zu den jeweiligen Problemen und Theorietraditionen verhalten, relevant – in Bezug auf die Kritik oder Verteidigung demokratischen Denkens allgemein und der dazugehörigen zeitgenössischen Praxis. Daher sind die Denker, die in der gewählten Phase maßgebliche Paradigmen entwickelt oder rezipiert haben (wie die Repräsentation mit

30 Vgl. Ball, Terence: *Transforming Political Discourse. Political Theory and Critical Conceptual History*, Oxford/New York 1988, S. 47-79/122-142; Dunn, John: *Setting the People Free. The Story of Democracy*, London 2006.

31 Vgl. Dupuis-Déri: *The Political Power of Words*, S. 119f.

32 Vgl. Hellmut, Eckart/Ehrenstein, Christoph von: *Intellectual History Made in Britain*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, (27/2001), S. 149-172, hier: S. 149f.

33 Vgl. auch Jörke, Dirk: *Kritik demokratischer Praxis: Eine ideengeschichtliche Studie* (= Schriftenreihe der Sektion Politische Theorien und Ideengeschichte in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Bd. 20), Baden-Baden 2011, S. 16f.; Llanque, Markus: *Politische Ideengeschichte – Ein Gewebe politischer Diskurse*, München/Wien 2008, S. 5.

freiem Mandat oder die Fusion von *Repräsentation* und *Demokratie* oder die Fusion oder Trennung von *Republik* und *Demokratie*), und die zeitgenössischen Alternativen im Hinblick darauf relevant, ob diese nach dem originär-demokratischen Standard demokratischere Varianten vertreten und wie sich semantisch und normativ auf die *Demokratie* bezogen wird.

Eine weitere Ebene besteht aus einer kritischen Analyse von Institutionen und Normen, die mit der *Demokratie* als moderne Ausformungen und sich ändernder Kampfbegriff kombiniert werden, etwa in der vergleichenden Gegenüberstellung der klassisch-demokratischen Prinzipien mit ihren modernen Interpretationen. Es kommt darauf an, zu untersuchen, inwiefern in den spätaufklärerischen politischen Theorien *Demokratie* als repräsentativ oder klassisch aufgefasst wird, inwiefern sie mit Repräsentation oder lokalen Volksversammlungen verbunden oder davon getrennt wird. Es kommt darauf an, ob diese modernen Regierungsformen dem Anspruch des Konzepts einer Demokratie klassischen Antlitzes genügen. Diese Methode ist eine Mischung aus dem kontextuellen und analytischen Ansatz bezüglich der Intention der Autoren und der Frage nach den verschiedenen Ideen und Normen der Demokratie.³⁴

Für die Methodik, einen konzeptuellen Wandel diachron, begrifflich und institutionell zu rekonstruieren und zu analysieren, ist die argumentative Kraft oder Schwäche der jeweiligen Theorien weniger entscheidend. Vielmehr sind vor allem die an der revolutionären Praxis orientierten und daran kontextualisierten Theorien und Theorierezeptionen in historischen Debatten, Problemstellungen und den konkurrierenden staatstheoretischen Lösungsansätzen zu berücksichtigen. Die Auswahl der Autoren beschränkt sich daher vornehmlich auf jene des späten 18. Jahrhunderts, insofern sie am revolutionären Rahmen Anteil hatten. Die bürgerlichen Revolutionen bieten sich für dieses Erkenntnisinteresse als Untersuchungszeitraum an. Denn in revolutionären Phasen kommt es zu fundamentalen Brüchen mit der Vergangenheit – trotz Rekurs auf bestimmte frühere Traditionen und bereits vorhandenen Ideen, Ideologien und Philosophien – und somit eher zu einem konzeptuellen Wandel oder einer Begriffsumwertung und Neudefinierung. Denn im Vergleich zu früheren neuzeitlichen Revolutionen hatten die Amerikanische und Französische einen unvorhergesehenen transatlantischen Einfluss. Sie polarisierten, insofern es nicht nur um verschiedene Faktionen oder soziale Gruppen ging, sondern um rivalisierende Weltanschauungen, die die moderne politische Philosophie prägten. Dies geschah über neue Konzepte und Prinzipien, die gesellschaftlich breit zirkulierten.³⁵ Wenn bewiesen werden soll, dass der Demokratiebegriff nicht erst im 19. Jahrhundert positiv verstanden wurde, kann der frühere Zeitpunkt nur am Wendepunkt zur Moderne innerhalb der Revolutionen liegen, die als *Sattelzeit* eine Epochenwende bringt und die semantisch-normativen und institutionellen Brüche liefert. Dass es um die Umdeutung und Umwertung verschiedenster Kon-

34 Vgl. Weber, Ralph/Beckstein, Martin: Politische Ideengeschichte. Interpretationsansätze in der Praxis, Göttingen 2014, S. 26-31/131-133.

35 Vgl. Israel, Jonathan: The Enlightenment that Failed. Ideas, Revolution, and Democratic Defeat, 1748-1830, Oxford 2019, S. 255-257. Die Niederländische Revolte, die Englische Revolution oder die *Glorious Revolution* im 17. Jahrhundert dagegen arbeiteten weitgehend noch mit voraufgeklärten Begrifflichkeiten bezüglich der Frage, wie Gesetz, Gesellschaft und Politik organisiert sein sollten.

zepte (Ständegesellschaft, Adel, Monarchie etc.) ging und dies den Demokratiebegriff tangierte, soll semantisch-konzeptuell gezeigt werden.

1.3 Vorgehen und Aufbau

Aufbauend auf dieser Methode sind die revolutionären Debatten in Amerika, Frankreich und dem Deutschen Reich demokratiegeschichtlich und -theoretisch zu betrachten.

Als erste »moderne Demokratie« gelten die USA, und damit soll die Studie begonnen werden. Für Amerika wähle ich den Zeitraum von der Amerikanischen Revolution 1773 bis zum Ende des 18. Jahrhunderts mit dem Beginn der *Jeffersonian Democracy* im Jahr 1801, die von manchen Historiker*innen als *zweite Amerikanische Revolution* interpretiert wird und den Weg zur Demokratie geebnet hätte. Amerika bietet sich im Besonderen für eine solche Untersuchung an, da hier erstmals von »repräsentativer Demokratie« die Rede ist. Außerdem ist hier – durch die Neugründung eines Staates in Form eines neuen modernen Verfassungsstaates – die Debattenkultur des 18. Jahrhunderts besonders komprimiert und sowohl politiktheoretisch als auch konkret-institutionell reichhaltig angelegt. Dabei möchte ich mich auf drei politische Diskurse konzentrieren. Der Erste ist der Konflikt zwischen Thomas Paines demokratischen Republikanismus in seinem progressiven Pamphlet *Common Sense* und John Adams' moderatere Reaktion eines eher elitären Republikanismus in *Thoughts on Government* im Jahr der Unabhängigkeitserklärung. Denn schon 1776 spielte der Demokratiebegriff eine entscheidende (positive wie negative) Rolle bezüglich der Visionen einer künftigen Republik nach dem Bruch mit Großbritannien. Beide Denker, die die amerikanische Whigtradition maßgeblich prägten, gehen davon aus, dass die Repräsentanten ein Spiegelbild der Gesellschaft sein müssten und daher die gleichen Interessen wie die Gesellschaft/Bürgerschaft hätten. Während Adams widersprüchlicherweise meint, dass die Repräsentanten als Eliten besonders geeignete Männer seien und in einer (eher demokratiekritischen) republikanischen Mischverfassung klassischer Art die Aristokratie institutionalisiert und isoliert werden müsse, sieht Paine die »repräsentative Republik«, die er in den 1790ern als »repräsentative Demokratie« bezeichnen wird, als Verbesserung der antiken Demokratie und nicht als elitären Gegensatz.³⁶ Der zweite politiktheoretische Konflikt ist die Ratifikationsdebatte zwischen den Federalists und Anti-Federalists 1787/88, wobei die Federalists als Vertreter einer dezidiert antidemokratischen, repräsentativen und ausgedehnten Republik und viele Anti-Federalists als klassisch-republikanische Akteure mit einem demokratiefreundlicheren Denken und einer Rückkoppelung von Repräsentanten an das Volk argumentieren. Hierbei gehen die Federalists davon aus, dass Repräsentanten besonders tugendhaft über Faktionen erhaben seien und daher im Gegensatz zum Pöbel stünden. Sie sind in ihrer hegemonialen Theorie also antidemokratisch. Einige Anti-Federalists benutzen dagegen die *Demokratie* als positiven Begriff, sehen aber die Repräsentation als notwendig an und sind als Republikaner für eine Rückkoppelung politischer Entscheidungen an die Interessen

36 Vgl. Sternberger, Dolf: Nicht alle Staatsgewalt geht vom Volke aus, Stuttgart 1971, 60-68; Bailyn, Bernard: *The Ideological Origins of the American Revolution*, Cambridge/London 1992, 167-173.